

Die Woche im Bundestag



CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen



Nicht aus der Verantwortung stehlen

Bürgerinnen und Bürger, Krankenhäuser, Schulen und Betriebe sind auf eine klare und verlässliche Strategie im Kampf gegen die Corona-Pandemie angewiesen. Die Zeit zum entschlossenen Handeln ist jetzt und nicht erst in ein paar Wochen. Die Bundesregierung muss Antworten liefern und Klarheit schaffen, was die Debatte um eine allgemeine Impfpflicht angeht. Wir haben eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und befinden uns in einem engen Austausch mit Sachverständigen. Wir erwarten nun zunächst tragfähige Vorschläge der Bundesregierung, wie die Impflücke geschlossen werden soll. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung schon gleich bei der ersten großen Entscheidung in der neuen Legislaturperiode unter pauschalem Verweis darauf, dass das eine Gewissensfrage der Abgeordneten sei, eine eigene Positionierung verweigert.

Fragwürdige Kreditpolster

Der Entwurf für den Nachtragshaushalt wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Eines ist klar: Die Ampel-Koalition braucht Geld, sehr viel Geld - und zwar dringend. Es wurden zu viele Versprechungen gemacht, die sich nur mit zusätzlichen Schulden finanzieren lassen. Die Ampel-Koalition will Kreditermächtigungen für die Corona-Pandemie nutzen, um sich ein komfortables Kreditpolster für die kommenden Jahre zu schaffen. Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht verfassungsrechtlich nicht haltbar. Wir behalten uns daher eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht vor. Die Frage, ob und wie sich der Bund mit zweistelligen Milliardenbeträgen verschuldet, ist für uns eine essentielle Frage von Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Haushaltspolitik.



Alle mitnehmen in die digitale Arbeitswelt



Foto: Tobias Koch

Die **Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion** hat in dieser Woche ihren Vorstand für die 20. Wahlperiode bestimmt. Axel Knoerig aus Kirchdorf/Niedersachsen wurde von den Mitgliedern einstimmig bestätigt. Hierzu erklärt **der Vorsitzende Axel Knoerig**:

„Ich freue mich sehr, dass die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe mir ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Mit dem neuen Team stellen wir uns schlagkräftig auf für die Herausforderungen der kommenden Jahre. Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie kommt es besonders darauf an, menschengerechte und zugleich effiziente Rahmenbedingungen für die vom Wandel geprägte Arbeitswelt der Zukunft zu entwickeln.“

Wir wollen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zuversicht in die Zukunft wecken und Ihnen Ängste, etwa vor der Digitalisierung, nehmen. Die Chancen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, wollen wir nutzen. Eine Akzeptanz für die notwendigen Veränderungen erreichen wir nur, wenn wir auch die damit verbundenen Risiken glaubwürdig ansprechen. Unser Ziel ist es, möglichst alle mitzunehmen ins digitale Zeitalter und die Menschen bei ihren beruflichen Um- und Aufstiegen mit aller Kraft zu unterstützen.

Digitale Arbeit muss Wohlstand und gleichzeitig Zeit für die Familie ermöglichen und darf nicht mit Armutsbioografien verbunden werden. In Zeiten von mobiler Arbeit, Home

Office und Desk Sharing spielt auch ein moderner Arbeits- und Gesundheitsschutz eine zentrale Rolle. Hier gilt es, die richtige Balance zwischen flexibler Arbeitsgestaltung, insbesondere zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und dem Schutz vor ständiger Erreichbarkeit und Selbstüberforderung der Mitarbeiter zu erzielen.“

Die Arbeitnehmergruppe repräsentiert im Bundestag die christlich-soziale Strömung als eine der (neben Konservatismus und Liberalismus) drei traditionellen geistesgeschichtlichen Wurzeln in den Volksparteien CDU und CSU. Sie vertritt ein Politikkonzept jenseits des Glaubens an den alles regelnden Staat wie an den Marktliberalismus gleichermaßen auf Grundlage der Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität. Die mit ihren Grundsätzen korrespondierende Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft.

Der 1967 in Bassum (Landkreis Diepholz) geborene Axel Knoerig gehört seit 2009 dem Deutschen Bundestag an. Nach seinem Politikstudium mit Schwerpunkt Kommunalwissenschaften war er seit 1996 als Referent für öffentliche Aufgaben in der Zentrale der Deutschen Telekom in Bonn, anschließend als Projektmanager in der DeTeSys-Zentrale am Dienstsitz Berlin und seit 2000 als Marketingfachmann in der Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom AG tätig. Er ist seit 2019 auch stellvertretender Vorsitzender der CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft).



Photo by krakenimages on Unsplash

Finanzminister will Schuldenbremse gezielt umgehen



Zu der Anhörung zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 erklärt **Mathias Middelberg, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

„Die Anhörung zum Nachtragshaushalt hat klar gemacht: Der Finanzminister will die Schuldenbremse gezielt umgehen. Mit dem Nachtragshaushalt 2021 sollen massiv Schulden auf Vorrat gemacht werden. Für 2022 ist mit demselben Manöver zu rechnen. Die Corona-Pandemie soll zur Begründung der verfassungsrechtlich erforderlichen Notlage erhalten. Tatsächlich will die Ampel in einem Schattenhaushalt Milliarden auf Vorrat ansammeln, mit denen dann über Jahre hinweg Maßnahmen zum Klimaumbau finanziert werden sollen. Mit akuter Notfallbekämpfung, die das Aussetzen der Schuldenbremse rechtfertigen würde, hat das nichts mehr zu tun.“

Özdemir muss GAP-Strategieplan zur Chefsache machen

Deutschland hat es als eines von wenigen EU-Mitgliedsstaaten nicht geschafft, rechtzeitig einen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bei der EU-Kommission in Brüssel bis zum 1. Januar 2022 vorzulegen. Dazu erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Albert Stegemann:**

„Der GAP-Strategieplan muss schnellstmöglich in Brüssel nachgereicht werden. Unsere Landwirtinnen und Landwirte brauchen gerade bei der wichtigen Frage der Ausgestaltung der zukünftigen GAP schnellstmöglich Planungssicherheit. Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir muss das Thema zur Chefsache machen.

Verzögerungen im Trilog, wie das Bundeslandwirtschaftsministerium als Grund für die fehlende Einreichung des Strategieplans angibt, sind keine Entschuldigung. Diese Verzögerungen haben alle 27 EU-Mitgliedsstaaten betroffen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte vor diesem Hintergrund sogar die GAP-Gesetzgebungsverfahren noch vor den finalen Trilog-Ergebnissen im Bundestag bereits abgeschlossen.

Auch der Bundesrat hatte im Dezember vergangenen Jahres die weiteren notwendigen Rechtstexte beschlossen, damit die Frist hätte eingehalten werden können.“



Albert Stegemann: „Landwirtschaftliche Betriebe brauchen Planungssicherheit“

Verlängerung des Hilfspakets im Profisportbereich



Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat die Verlängerung der Corona-Hilfen für den Profisport beschlossen. Dazu erklärt **der zuständige Berichterstatter André Berghegger**:

„Die Corona-Hilfen im Profisport haben sich in den vergangenen zwei Jahren neben den allgemeinen Wirtschaftshilfen in der Pandemie als wichtiger Baustein für viele Sportvereine und Sportverbände erwiesen. Daher begrüßen wir sehr, dass neben der Verlängerung dieser Hilfen auch eine Anhebung des Zuschuss-Höchstbetrages auf 2,3 Millionen Euro erfolgt. Damit wird sichergestellt, dass für das Hilfspaket im Profisportbereich die gleichen Maßstäbe gelten, wie bei den allgemeinen Wirtschaftshilfen. Viele Vereine sind durch die andauernde Pandemie weiterhin in einer schweren Notlage. Sie brauchen daher unsere Unterstützung. Mit den bewährten Corona-Hilfen tun wir weiterhin alles, um die Substanz im Sportbereich zu erhalten.“

Regierung schaltet bei Zukunft des Waldes auf Stillstand

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Themen „Waldschäden, Bundeswaldprämie und Zukunft des Waldes“ erklärt **der agrarpolitische Sprecher Albert Stegmann**:

„Es ist dramatisch, wie sich die Waldschäden in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren aufgrund des Klimawandels entwickelt haben. Der Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung betrug 2010 noch rund 23 %. Zehn Jahre später sind es 35 %. Besonders betroffen sind Fichten (40 % aller Bäume) und Buchen (48 % aller Bäume).

Es zeigt sich, dass die heimischen Baumarten zunehmend nicht geeignet sind, um Dürre, Hitze und Temperaturschwankungen Widerstand zu leisten. Ein gesunder Mix der Baumarten, zu denen daher auch zwingend neue nicht-heimische Baumarten gehören, muss im Mittelpunkt des Waldumbaus der Zukunft stehen. Die Ampel verneint dies aber und fordert in ihrem Koalitionsvertrag, dass ‚klimaresiliente Wälder mit überwiegend standortheimischen Baumarten geschaffen werden sollen‘. Das ist ein Irrglaube. Auch die Forschungseinrichtungen im Deutschen Verband Forstlicher Forschungseinrichtungen (DVFFA), ein Zusammenschluss der wichtigsten wissenschaftlichen Akteure in diesem Bereich, nutzen den Begriff standortheimisch nicht mehr und fordern standortgerechte und nicht-heimische Baumarten. Das Ziel muss doch sein, dass die Waldbäuerinnen und Waldbauern vor Ort eigenständig entscheiden können, welche Bäume sie anpflanzen und welche sie einschlagen wollen. Ob das heimische Arten



oder nicht-heimische Arten sind, ist zweitrangig. Die Verweigerungshaltung der Ampel ist aus wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht der konsequent falsche Weg für unsere Wälder. Die Vielfalt und der große Umweltnutzen unserer Wälder bestehen seit Jahrhunderten, da sie aktiv forstwirtschaftlich genutzt werden. Unser Wald ist ein zentraler Klimaschützer und bindet rund 14 % des jährlichen CO₂-Ausstoßes. Damit dieser gesamtgesellschaftliche Nutzen auch weiterhin so erhalten bleibt, müssen Waldbesitzer für ihre Arbeit dauerhaft und vor allem unbürokratisch finanziell honoriert werden. Nur so können die Wälder fit für die Zukunft gemacht werden.“

Die Woche im Plenum



Die Woche im Bundestag war geprägt von der **Verbundenen Debatte zur Politik der Bundesregierung**. Von Mittwoch bis Freitag mussten sich die zuständigen Minister der neuen Bundesregierung im Bundestag einer ausführlichen Debatte über ihre Pläne und Absichten stellen. Als konstruktive Opposition haben wir der linksgelben Regierung klare christdemokratische und christsoziale Positionen entgegengestellt und die Widersprüche und Unzulänglichkeiten des Koalitionsvertrages aufgezeigt. Im Einzelnen ging es um die Themen: Innen und Heimat; Recht; Ernährung und Landwirtschaft; Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; Wirtschaft und Klimaschutz; Bildung und Forschung; Gesundheit; Arbeit und Soziales; Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundeskanzleramt (Ostdeutschland, Integration und Kultur); Digitales und Verkehr; Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen; Finanzen und Haushalt; Außen, Europa und Menschenrechte; Verteidigung sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Wir entschieden über die **Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes**. Das Gremium ist das Herzstück der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes. Gegenstand der Kontrolle sind der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Nach der Abstimmung über die Einsetzung wurden die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums vom Plenum gewählt.

Außerdem stimmten wir über die **Einsetzung eines Gremiums gemäß § 3 des Bundesschuldenwesengesetzes** ab. Nach dieser Vorschrift wählt der Deutsche Bundestag für die Dauer einer Legislaturperiode ein Gremium, das vom Bundesfinanzministerium über alle Fragen des Schuldenwesens des Bundes unterrichtet wird. Nach der Abstimmung über die Einsetzung wählte das Plenum die Mitglieder des Gremiums. Diese müssen dem Haushaltsausschuss angehören und sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

Wir befassten uns mit der **Verlängerung des Mandats für den Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS)**. Wir unterstützen die Fortsetzung dieses wichtigen Einsatzes, um die Stabilisierung im Irak zu sichern, ein Wiedererstarken des IS verhindern und Versöhnung in Irak zu fördern. Ziel des deutschen Engagements im Irak ist es, durch einen vernetzten Ansatz zu einer umfassenden und nachhaltigen Stabilisierung der Region, insbesondere des ehemaligen Kerngebiets des IS in Irak und Syrien, beizutragen. Der deutsche militärische Beitrag dient dazu – in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungseingagements – Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern. Das Mandat soll bis zum 31. Oktober 2022 verlängert werden, die personelle Höchstgrenze verbleibt bei 500 Soldaten.



Zudem haben wir uns in dieser Woche auch mit der **Verordnung der Bundesregierung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung** befasst. Diese regelt Ausnahmen für geimpfte, genesene und getestete Personen im

Hinblick auf staatliche Covid-Schutzmaßnahmen. Aufgrund der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz vom 5. Januar 2022 sind Anpassungen an der Verordnung erforderlich geworden. Die Regelungen zum Quarantäneverbot für geimpfte Personen sowie dessen Ausnahmen werden angepasst, um negative Auswirkungen für die kritische Infrastruktur zu vermeiden. Zudem wird die Definition der Impfnachweise geändert, da diese Definition bisher keine Gültigkeitsdauer für Impfnachweise oder die Notwendigkeit der Aktualisierung des Immunschutzes durch Auffrischungsimpfungen vorsah. Die Verordnung der Bundesregierung auf der Grundlage von § 28c des Infektionsschutzgesetzes bedarf der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat.



Außenpolitisches Kompetenzgerangel beenden

Deutschland braucht eine starke außenpolitische Stimme. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie Deutschlands bisherige diplomatische Führungsrolle im Ukraine-Konflikt unter Angela Merkel nicht verspielt. Es ist gut, dass Russland und die USA direkt miteinander sprechen. Eine Eskalation des Konflikts hätte schlimme Folgen insbesondere für die Menschen in der Ukraine. Aber auch für Europa wären die Folgen gravierend. Russland muss verstehen, dass eine Verletzung der ukrainischen Souveränität ernsthafte Folgen haben würde. Dafür braucht es eine klare Haltung gegenüber Russland, die mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern abgestimmt ist.



Daten & Fakten

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahresmonat – hat im Dezember 2021 voraussichtlich +5,3 % betragen. Gegenüber November 2021 steigen die Verbraucherpreise voraussichtlich um 0,5 %. Nach bisher vorliegenden Ergebnissen, wird die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2021 voraussichtlich bei 3,1 % liegen. Neben sehr niedrigen Energiepreisen im November 2020 wirkte sich die zu Jahresbeginn 2021 eingeführte CO₂-Abgabe preiserhöhend aus. Die hohen Inflationsraten seit Juli 2021 haben eine Reihe von Gründen, darunter Basiseffekte durch niedrige Preise im Jahr 2020. Hier wirken sich insbesondere die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze und der Preisverfall der Mineralölprodukte erhöhend auf die aktuelle Gesamtteuerung aus. Neben den temporären Basiseffekten aus der Vergangenheit wirken zunehmend krisenbedingte Effekte, wie Lieferengpässe und die deutlichen Preisanstiege auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen, die sich ebenfalls im Verbraucherpreisindex niederschlagen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.